

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	18
Einleitung	23
I. Die Problematik des Berechnungs- und Haftungsdurchgriffs im Konzern bei erzwungenem Sozialplan in der Praxis	23
II. Abgrenzung des Themas	28
III. Gang der Untersuchung	28
 Erstes Kapitel: Der erzwungene Sozialplan als Ausgangspunkt für die Fragestellung eines Berechnungs- und Haftungsdurchgriffs im Konzern	 30
A. Die Pflicht der Betriebsparteien zur Sozialplanaufstellung	30
B. Das Mitbestimmungsverfahren bis zum erzwungenen Sozialplan	31
I. Unterscheidung zwischen freiwilligem und erzwungenem Sozialplan	31
II. Der Einigungsversuch zwischen Betriebsrat und Unternehmer	33
III. Die Anrufung der Einigungsstelle	34
C. Die gerichtliche Überprüfung des Einigungsstellenspruchs	34
D. Die Funktion des Sozialplans	35
I. Bezug zur Thematik des Berechnungs- und Haftungsdurch- griffs im Konzern bei erzwungenem Sozialplan	35
II. Die Theorie von der Entschädigungsfunktion	36
1. Keine Vergleichbarkeit der Sozialplanpflicht mit §§ 9, 10 KSchG, § 113 BetrVG oder § 1a KSchG	37
2. Keine Entschädigungsfunktion nach Auslegung des § 112 Abs. 1 Satz 2 BetrVG	39
a) Wortlaut des § 112 Abs. 1 Satz 2 BetrVG	39
b) Entstehungsgeschichte des § 112 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 5 BetrVG	40
c) Sinn und Zweck des § 112 Abs. 1 Satz 2 BetrVG	42
III. Die Sonderopfertheorie	43
IV. Die Theorie von der Steuerungsfunktion	43

V.	Die Theorie von der Überbrückungs- und Vorsorgefunktion	44
E.	Die Inhaltsschranken der Sozialplangestaltung	46
I.	Allgemeine Inhaltsschranken	46
1.	Der Zweck des Sozialplans	46
2.	Höherrangiges Recht	46
II.	Inhaltsschranken im Insolvenzverfahren	47
1.	Aufstellung von Sozialplänen nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens, § 123 InsO	48
a)	Inhalt und Zielrichtung der Regelung in § 123 InsO	48
b)	Die absolute Obergrenze nach § 123 Abs. 1 InsO	49
aa)	Anwendungsbereich	50
bb)	Rechtsfolgen bei Überschreitung der absoluten Obergrenze	54
cc)	Wirtschaftliche Vertretbarkeit der absoluten Obergrenze	56
c)	Die relative Obergrenze nach § 123 Abs. 2 Satz 2 InsO	58
2.	Aufstellung von Sozialplänen nicht früher als drei Monate vor dem Eröffnungsantrag, § 124 InsO	59
III.	Ermessensgrenzen der Einigungsstelle, § 112 Abs. 5 BetrVG	61
1.	Eingrenzung des Entscheidungsspielraums der Einigungsstelle	61
2.	Auswirkung auf die Sozialplandotierung	62
a)	Ausgleichs- bzw. Milderungsbedarf der Arbeitnehmer als Ober- und Untergrenze	62
aa)	Ausgleichsbedarf der Arbeitnehmer als absolute Obergrenze	62
bb)	Milderungsbedarf der Arbeitnehmer als Untergrenze	63
b)	Korrekturfunktion der »wirtschaftlichen Vertretbarkeit« für den Arbeitgeber	65
aa)	Grundsätzliches	65
bb)	Keine Begrenzung des Sozialplanvolumens entsprechend §§ 113 Abs. 1 oder Abs. 3 BetrVG, 10 KSchG	68
cc)	Relevanter Beurteilungszeitpunkt	70
dd)	Besonderheiten im Konzern	71

Zweites Kapitel:	Der Berechnungsdurchgriff im Konzern bei erzwungenem Sozialplan	73
A.	Die Begriffe des Berechnungs- und Haftungsdurchgriffs im Konzern	73
B.	Die Relevanz der Problematik des Berechnungsdurchgriffs für die Sozialplandotierung	73
C.	Allgemeine Zulässigkeit des Berechnungsdurchgriffs im Konzern bei erzwungenem Sozialplan	75
I.	Grundsatz: Keine konzerndimensionale Betrachtung	76
1.	Der Wortlaut des § 112 Abs. 5 Satz 1 BetrVG	76
2.	Die Entstehungsgeschichte des § 112 Abs. 5 Satz 1 BetrVG	78
3.	Der Grundsatz der rechtlichen Selbstständigkeit der verschiedenen Konzernunternehmen	79
4.	Keine Privilegierung der Arbeitnehmer eines Konzernunternehmens	80
5.	Negative Auswirkung auf die Sanierungsbereitschaft von Konzernen	80
II.	Ausnahme: Konzerndimensionale Betrachtung	80
1.	Kein Entgegenstehen von Wortlaut und Entstehungsgeschichte des § 112 Abs. 5 Satz 1 BetrVG	81
2.	Kein Entgegenstehen des Konzernbezugs in § 112 Abs. 5 Satz 2 Nr. 2 BetrVG	82
3.	Begegnung der sog. Konzerngefahr	82
III.	Ergebnis	83
1.	Sog. einfacher und doppelter Berechnungsdurchgriff	83
2.	»Einbahnstraße«?	84
D.	Kein Fall des Berechnungsdurchgriffs: Zuwendungen des herrschenden Unternehmens	85
E.	Fallgruppen des Berechnungsdurchgriffs	86
I.	Berechnungsdurchgriff bei Zuständigkeit des Konzernbetriebsrats für die Sozialplanaufstellung	86
1.	Zuständigkeit der Betriebsparteien für die Sozialplanaufstellung	86
2.	Berechnungsdurchgriff auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des herrschenden Unternehmens	88
II.	Gleichlauf von Berechnungs- und Haftungsdurchgriff im Konzern	89
1.	Kein Gleichlauf von Berechnungs- und Haftungsdurchgriff	90

2. Aber Gleichlauf von Berechnungsdurchgriff und Innenhaftung	92
III. Berechnungsdurchgriff entsprechend der Rechtsprechung des Dritten Senats des BAG zur Betriebsrentenanpassung nach § 16 Abs. 1 BetrAVG	93
1. § 16 Abs. 1 BetrAVG	94
2. Die Rechtsprechung des Dritten Senats zum Berechnungsdurchgriff bei der Betriebsrentenanpassung nach § 16 Abs. 1 BetrAVG	96
a) Besondere vertragliche Verpflichtung des herrschenden Unternehmens	97
b) Vertrauenstatbestand	98
c) Vertragskonzern	99
aa) Beherrschungsvertrag	99
bb) Gewinnabführungsvertrag	107
d) Qualifiziert faktischer Konzern	108
aa) Qualifiziert faktischer GmbH-Konzern	109
bb) Qualifiziert faktischer AG-Konzern	111
3. Kapitalausstattungspflicht bei sog. Rentnergesellschaften	112
4. Übertragung auf § 112 Abs. 5 Satz 1 BetrVG	113
IV. Berechnungsdurchgriff bei Unternehmensspaltung in eine Anlage- und Betriebsgesellschaft gemäß § 134 UmwG	117
1. Die Unternehmensspaltung nach § 123 UmwG	117
a) Inhalt und Zielsetzung von § 123 UmwG	117
b) Inhalt und Zielsetzung des Gläubigerschutzes nach § 133 UmwG	118
2. Der Sonderfall der Unternehmensspaltung in eine Anlage und Betriebsgesellschaft gemäß § 134 UmwG	119
a) Anwendungsbereich von § 134 UmwG	120
aa) Spaltungsformen	120
bb) Geschützter Personenkreis	121
b) Voraussetzungen der Unternehmensspaltung in eine Anlage- und Betriebsgesellschaft gemäß § 134 UmwG	122
c) Inhalt und Zielsetzung des Arbeitnehmerschutzes nach § 134 UmwG	123
d) Berechnungsdurchgriff auf die Anlagegesellschaft	125
aa) Sinn und Zweck des Arbeitnehmerschutzes nach § 134 UmwG	126
bb) Regressanspruch der Anlagegesellschaft	129
cc) Praktische Umsetzung	135

V. Berechnungsdurchgriff bei Vorliegen eines Eingliederungskonzerns	135
1. Der Eingliederungskonzern	136
a) Die Eingliederung nach §§ 319 ff. AktG	137
b) Rechtsform der Hauptgesellschaft und einzugliedernden Gesellschaft	138
c) Leitungsmacht der Hauptgesellschaft	140
d) Aufhebung der Kapitalbindung und fehlende Pflicht zur Bildung einer gesetzlichen Rücklage	141
2. Inhalt und Zweck des Gläubigerschutzes nach §§ 321, 322, 324 Abs. 3 AktG	143
a) Anspruch auf Sicherheitsleistung, § 321 AktG	143
b) Haftung der Hauptgesellschaft, § 322 AktG	145
c) Verlustausgleichspflicht der Hauptgesellschaft, § 324 Abs. 3 AktG	148
3. Berechnungsdurchgriff auf die Hauptgesellschaft	149
a) Kein Schluss von der Außenhaftung der Hauptgesellschaft auf einen Berechnungsdurchgriff	150
b) Kein Berechnungsdurchgriff aufgrund der umfassenden organisatorischen und finanziellen Integration der eingegliederten Gesellschaft in die Hauptgesellschaft	150
c) Regressanspruch der Hauptgesellschaft	153
VI. Berechnungsdurchgriff bei Vorliegen eines Vertragskonzerns	155
1. Der Vertragskonzern	156
a) Anwendungsbereich der §§ 291 ff. AktG	157
b) Unternehmensvertrag: Beherrschungs- und/oder Gewinnabführungsvertrag	159
c) Leitungsmacht des herrschenden Unternehmens	162
aa) Bei Bestehen eines Beherrschungsvertrages	162
bb) Bei Bestehen eines Gewinnabführungsvertrages	165
d) Befreiung von der Kapitalbindung	165
2. Inhalt und Zweck des Gläubigerschutzes nach §§ 302, 303 AktG (analog)	167
a) Die Verlustübernahmepflicht des herrschenden Unternehmens, § 302 AktG (analog)	167
b) Die Pflicht des herrschenden Unternehmens zur Sicherheitsleistung, § 303 AktG (analog)	170
3. Berechnungsdurchgriff auf die herrschende Gesellschaft	171

a)	Kein Berechnungsdurchgriff infolge der Verlustausgleichspflicht des herrschenden Unternehmens	171
b)	Kein Berechnungsdurchgriff wegen »wirtschaftlicher Fusion auf Zeit« bei Bestehen eines Beherrschungsvertrages	173
VII.	Berechnungsdurchgriff bei Vorliegen eines faktischen Konzerns	175
1.	Der faktische Konzern	176
a)	Die Begriffe des »einfachen« und »qualifiziert« faktischen Konzerns	178
b)	Leitungsmacht des herrschenden Unternehmens	179
2.	Inhalt und Zweck des Gläubigerschutzes im faktischen Konzern	181
a)	Gläubigerschutz im einfach faktischen AG-Konzern nach §§ 311, 317 AktG	181
aa)	Anwendungsbereich der §§ 311 ff. AktG	181
bb)	Verbot kompensationsloser Nachteilszufügung, § 311 AktG	182
cc)	Pflicht zum Schadensersatz bei kompensationsloser Nachteilszufügung, § 317 AktG	183
b)	Gläubigerschutz im einfach faktischen GmbH-Konzern	185
3.	Berechnungsdurchgriff auf die herrschende Gesellschaft	187
a)	Berechnungsdurchgriff bei Vorliegen eines einfachen faktischen Konzerns	187
b)	Berechnungsdurchgriff bei Vorliegen eines qualifiziert faktischen Konzerns	188
F.	Berechnungsdurchgriff auch in der Insolvenz des sozialplanpflichtigen Arbeitgeberunternehmens	190
G.	Zusammenfassung und Ausblick	196
Drittes Kapitel:	Der Haftungsdurchgriff im Konzern bei erzwungenem Sozialplan	199
A.	Gesetzlich angeordneter Haftungsdurchgriff im Konzern	199
B.	Haftungsdurchgriff im Konzern entsprechend den allgemeinen Durchgriffsfällen	200
C.	Allgemeine Zulässigkeit des Haftungsdurchgriffs im Konzern bei erzwungenem Sozialplan	201

I.	Grundsatz der rechtlichen Selbstständigkeit der einzelnen Konzernunternehmen	201
II.	Sog. Trennungsprinzip bei Kapitalgesellschaften	202
D.	Unterscheidung zwischen dem sog. echten und unechten Haftungsdurchgriff	203
E.	Dogmatik des Haftungsdurchgriffs	204
F.	Fallgruppen des Haftungsdurchgriffs	206
I.	Vermögensvermischung	207
1.	Vermögensvermischung im GmbH-Konzern	207
2.	Vermögensvermischung im AG-Konzern	209
II.	Sphärenvermischung	210
III.	Materielle Unterkapitalisierung	210
1.	Definition der Unterkapitalisierung	210
2.	Unterscheidung zwischen der sog. formellen (nominellen) und materiellen Unterkapitalisierung	211
3.	Haftungsdurchgriff bei sog. materieller Unterkapitalisierung	213
a)	Haftungsdurchgriff im GmbH-Konzern	213
b)	Haftungsdurchgriff im AG-Konzern	217
IV.	Existenzvernichtungshaftung	218
1.	Hintergrund der Existenzvernichtungshaftung in der GmbH	218
2.	Die Entwicklung von der Haftung im qualifiziert faktischen Konzern zur Existenzvernichtungshaftung im GmbH-Recht	220
3.	Aktueller Stand der Existenzvernichtungshaftung als Innenhaftung nach § 826 BGB	227
a)	Tatbestand der Existenzvernichtungshaftung	228
b)	Rechtsfolge der Existenzvernichtungshaftung	231
4.	Rechtslage bei der AG	233
5.	Anwendung der Existenzvernichtungshaftung auf sog. Scheinauslandsgesellschaften aus der EU mit Verwaltungssitz in Deutschland	235
a)	Notwendigkeit der Einordnung der Haftung unter das Gesellschafts-, Delikts- oder Insolvenzstatut	237
b)	Einordnung der Haftung unter das Gesellschaftsstatut der abhängigen EU-Auslandsgesellschaft	241
c)	Einordnung unter das Delikts- oder Insolvenzstatut der abhängigen EU-Auslandsgesellschaft	245
d)	Ergebnis	252
V.	Auffangtatbestand des »Institutsmissbrauchs«	252

Inhaltsverzeichnis

G. Zusammenfassung und Ausblick	253
Zusammenfassende Thesen und Ausblick	256
Literaturverzeichnis	266